Neues Pe

# Die Vermögensabgabe.

## Enquete im Finanzministerium.

Zur Beratung seines Entwurfes über die einmalige große Vermögensabgabe hat Finanzminister Dr. Paul Szende für heute nachmittag eine Enquete einberufen. An der Enquete, die um 5 Uhr in dem Saale des Finanzministeriums ihren Anfang nahm, haben Vertreter der Geldinstitute, der Industrie und des Handels teilgenommen, ferner mehrere Nationalökonomen und Delegierte der sozialdemokratischen Partei.

Finanzminister Dr. Paul Szende, der den Vorsitz führte, begrüßte die Erschienenen und ersuchte sie, zunächst das Problem der Tilgung der Kriegsschulden Ungarns im allgemeinen zu behandeln und erst im weiteren Verlaufe der Enquete auf Einzelfragen einzugehen. Der Minister legte dar, daß es zwei Wege zur Sanierung der Staatsfinanzen gäbe: den ganzen oder teilweisen Staatsbankerott und die Auswerfung einer großen Vermögensabgabe, für welch letztere er sich entschieden habe, da sie demokratischer Natur sei.

Der frühere Finanzminister Dr. Alexander Popovics war der erste Redner aus dem Kreise der geladenen Gäste. Er erklärte sich zunächst gleichfalls für das Prinzip der Vermögensabgabe, die nicht nur aus demokratischen, sondern auch aus rein volkswirtschaftlichen Gründen dem Staatsbankerott vorzuziehen sei. (Beifall.) Die Liquidierung der Kriegsschulden ist nur im Steuerwege durchführbar. Mit einer Einkommensteuer allein könne die Tilgung nicht durchgeführt werden. Als er aus dem Ministerium schied, beliefen sich die schwebenden Schulden Ungarns auf 13 Milliarden Kronen, sie dürften nun auf weit über 20 Milliarden gestiegen sein. Der durchschnittliche Perzentsatz des Zinsendienstes für die schwebenden Schulden betrug während seiner Ministerschaft 2.1; der Staat mußte demnach 360 Millionen Kronen Zinsen per Jahr zahlen. Der Ertrag aus der Einkommensteuer betrug aber 1916 rund 90 Millionen Kronen; zur Deckung der Zinsen wäre es nötig, sie auf das Vierfache zu erhöhen. Der Staat wird in Zukunft noch mit gesteigerten Ausgaben rechnen müssen. Das Invalidenwesen allein wird Unmengen von Geld verschlingen. Man wird einen neuen Schwung in das erstarrte Wirtschaftsleben bringen müssen, was wieder mit großen Kosten verbunden sein wird. Es bleibt daher kein anderer Ausweg, als das Vermögen der Bürgerschaft für die Tilgung der Staatsschulden in Anspruch zu nehmen. Er schätze das Volksvermögen Ungarns auf 100 Milliarden Kronen. Bezüglich der Durchführung der Vermögensabgabe sei er aber anderer Ansicht als Dr. Szende. Er halte es vor allem für notwendig, daß das Vermögen der Bewohner des Landes konskribiert und erst hierauf im Verhältnis zur benötigten Summe für die Tilgung der Kriegsschulden der Steuerschlüssel festgestellt werde. In erster Reihe sind die schwebenden Schulden zu decken. Auf keinen Fall darf der Ertrag der großen Vermögensabgabe für die Deckung der Ausgaben des laufenden Budgets verwendet werden, diese müssen auf anderem Wege aufgebracht werden Zustimmung.

Max Fenyö (Delegierter des Landesverbandes der Fabriksindustriellen): Die Kriegsschulden Ungarns betragen 40 Milliarden Kronen, die Staatsschulden aus der Friedenszeit 6 Milliarden Kronen. Hiezu werden noch namhafte Ausgaben für die Wiederherstellung Ungarns kommen, vielleicht auch eine Kriegsentschädigung. Diese schwerdrückende Finanzlast können wir durch eine Vermögensabgabe nicht los werden. Es gibt nur einen Ausweg aus dem Chaos: die Devalvation, die Entwertung des Geldes und der Anleihepapiere. (Widerspruch.) Das ist eine durchgreifende Vermögensabgabe. Man könne gewisse Ungerechtigkeiten, die durch den Staatsbankerott für den kleinen Mann entstehen, durch Sondermaßnahmen eliminieren. Die Verhältnisse auf wirtschaftlichem und politischem Gebiete sind für die Vermögensabgabe nicht günstig. Wenn die Exekutivgewalt der Regierung über Budapest hinaus reichen wird, wenn der Anarchie im Wirtschaftsleben Ordnung folgen wird, wenn wir den Handelsverkehr mit den Nachbarstaaten wieder aufnehmen können, erst dann kann die Vermögensabgabe durchgeführt werden. Die gegenwärtige Zeit muß für die Anlegung eines Vermögenskatasters verwendet werden. Zum Schlusse bezeichnete er die Ansicht des Finanzministers, daß die Vermögensabgabe demokratisch sei, für ein bloßes Schlagwort. — Finanzminister Dr. Paul Szende: Der demokratische Charakter der Vermögensabgabe ist nicht nur ein Schlagwort, sondern das Resultat einer Gedankenkette. Sie ist progressiv und lastet daher auf den Armen schwächer als auf den Reichen. Ich habe die Hoffnung, durch diese Steuer der Devalvierung des Geldes und der Werte auszuweichen.

Der gewesene Finanzminister Dr. Johann Teleßky: Ich bin ein Anhänger der Vermögensabgabe, mein Entwurf über die Kriegsgewinnsteuer vom Jahre 1916 legt Zeugenschaft hiefür ab. Die Vermögensabgabe ist nicht eine Frage der Demokratie, sondern der Gerechtigkeit. Der Staatsbankerott wieder ist ein ungerechter Vorgang. Ein Staat, solange er etwas auf sich hält und halten will, darf nicht seine Zahlungsunfähigkeit dekretieren. Ebenso wie ich ein Anhänger der Vermögensabgabe bin, kann ich sie nur unter einer Vorbedingung gelten lassen: wenn sie gerecht ausgeworfen wird. Die Ansicht vieler, daß wir bei der Vermögensabgabe auf die Nachbarstaaten bedacht sein und an ihr Verhalten uns anlehnen müssen, kann ich nicht teilen. Wenn die Vermögensabgabe gerecht durchgeführt wird, kann sie nur zum Vorteile unserer Volkswirtschaft gereichen. Ganz anders stünde der Fall, wenn wir eine Jahr für Jahr wiederkehrende Vermögenssteuer einführen wollten, die würde unsere Produktion belasten. Die Vermögensabgabe ist keine so ungeheuer schreckliche Sache als man meint: sie ist nicht mehr als die Abschreibung fiktiver Vermögen, die zum Teile durch reale Vermögen ersetzt werden, die man ihren Eigentümern fortnimmt. Durch diese Maßnahme wird unsere Wirtschaft eben gesichert und die Produktion kann sich frei bewegen. Wenn die Nachbarstaaten die Vermögensabgabe nicht in der Weise als wir durchführen, werden sie im Nachteile sein, da ihr Wirtschaftsleben die Schuldenlast jahrelang mit sich schleppen wird müssen. Eins muß aber zugegeben werden. Es gibt gewisse Mittelvermögen, die produzierende Wirtschaftsarbeit vollführen, deren Vermögen in den Wirtschaftsbetrieb investiert ist, deren Lage wird sich durch die Vermögensabgabe verschlechtern, da sie ihre Produktion einschränken werden müssen. Man wird da eine rentenmäßige Steuerzahlung einführen müssen. Die Einhebung der Kriegsgewinnabgabe benötigt einen neuen großen Apparat. Wir müssen zuerst das Steuersubjekt suchen und erst dann den Steuerschlüssel feststellen. Man führe ein regelrechtes Steuerverfahren bis zur letzten Instanz durch und berechne hierauf nach den Vermögensabgaben, welcher Steuerschlüssel zur Tilgung der Kriegsschulden angewendet werden muß. Nach dem ersten Verfahren kann es jedermann freigestellt werden, gegen ungerechte Steuerbemessung zu reklamieren, ebenso wie auch der Staat eine Revision vornehmen kann. Der Vorredner will mit der Vermögensabgabe warten, bis normale Zeiten eintreten, ich erhoffe diese aber eben durch diese neue Steuer. Insolange das Schreckensgespenst des Staatsbankerotts unbeschleicht und der